



Finanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union



**Europa-Gespräche
Institut für Geschichte
Stiftung Universität Hildesheim**

Dr. Maximilian Graf
Österreich und die DDR 1949-1990
12.12.2016

Zum Referenten

Dr. Maximilian Graf wurde 1984 in Wien geboren. In den Jahren 2004-2012 studierte er Geschichte an der Universität Wien. Von 2010-2012 war er Doktorand der Historischen Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), die mit 1. Januar 2013 im Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der ÖAW (INZ/ÖAW) aufgegangen ist. Von 2013 bis 2015 war Graf wissenschaftlicher Mitarbeiter am INZ und seit April 2015 Projektmitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien sowie Mitarbeiter der von Prof. Dr. Michael Gehler geleiteten Aktenedition „Österreich und die deutsche Frage 1987-1990“. Seit 2017 ist Graf als Post-Doc am European University Institute (EUI) in Florenz tätig.

Auszeichnungen/Fellowships:

- 2008: Würdigungspreis des österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung für hervorragende Studienleistungen (für Absolventinnen und Absolventen des Studienjahres 2007/08).
- 2013 (November/Dezember): Chercheur associé am Centre Marc Bloch in Berlin
- 2014: Karl von Vogelsang-Staatspreis für Geschichte der Gesellschaftswissenschaften (Förderpreis)
- 2015: Dr.-Alois-Mock-Wissenschaftspreis
- 2017 (April-Juni): Visiting Scholar an der Stanford University

Publikationen:

Monografie:

- Österreich und die DDR 1949-1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung (Internationale Geschichte/International History 3), Wien 2016.

Sammelbände:

- gemeinsam mit Michael Gehler (Hrsg.), Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen, Göttingen 2017.
- gemeinsam mit Barbara Haider-Wilson (Hrsg.), Orient & Okzident. Begegnungen und Wahrnehmungen aus fünf Jahrhunderten, Wien 2016.
- gemeinsam mit Agnes Meisinger (Hrsg.), Österreich im Kalten Krieg. Neue Forschungen im internationalen Kontext (Zeitgeschichte im Kontext 11), Göttingen 2016.
- gemeinsam mit Alexander Lass und Karlo Ruzicic-Kessler (Hrsg.), Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert, Wien 2012
- gemeinsam mit Arnold Suppan, From the Austrian Empire to Communist East Central Europe (Europa Orientalis 10), Wien 2010.

Vortrag

Der Referent präsentiert erstmals in Deutschland im Rahmen der Hildesheimer Europagespräche seine Monografie. Zum Hintergrund führt er aus: In Österreich bildete sich 1945 eine provisorische Regierung unter Karl Renner. Selbst unter sowjetischer Besatzung gab es freie Wahlen. Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) erlitt dabei eine schwere Niederlage. Sie wurde nicht mit der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) zwangsvereint wie es in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Deutschlands im Jahr 1946 der Fall war.

Finanzielle Mittel erhielt ganz Österreich trotz sowjetischer Besatzungszone aus dem US-amerikanischen Marshall-Plan. Im Unterschied zu Deutschland mit seiner doppelten Staatsgründung (BRD und DDR) im Jahre 1949 blieb Österreich ungeteilt.

Zwischen Österreich und der Bundesrepublik gab es ungeklärte Probleme, u.a. in Staatsbürgerschafts- und Vermögensfragen (deutsches Eigentum in Österreich). Zur DDR beschränkten sich Österreichs Beziehungen zunächst nur auf Handelskontakte. Offizielle Beziehungen bestanden keine. Wien kommentierte die Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 nicht. Eine Anerkennung blieb aus – im Unterschied zur Bonner Republik vom 23. Mai 1949, die in Wien begrüßt und zu der auch gratuliert wurde.

Am 15. Mai 1955 erhielt Österreich seine Unabhängigkeit durch einen Staatsvertrag und bekannte sich zur Neutralität durch ein Verfassungsgesetz. Die DDR unter Walter Ulbricht pries die „Österreich-Lösung“ an, während sie Konrad Adenauer verwarf.

Das Jahr 1955 stellte auch eine Zäsur im Beziehungsdreieck Österreich-BRD-DDR dar. Die Bundesrepublik trat der NATO bei, während Österreich neutral wurde und die DDR sich auf den Weg in den Warschauer Pakt machte. Bonn drohte jedem Staat, der die DDR anerkennen würde, mit dem Abbruch der Beziehungen. Diese „Hallstein-Doktrin“, benannt nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, unterstrich diesen Alleinvertretungsanspruch. Österreich folgte dieser Auffassung und die Beziehungen zu Westdeutschland wurden immer enger gestaltet. Das österreichische Bild von der DDR war dagegen aufgrund verschiedene Grundmuster und Ereignisse negativ vorgezeichnet durch:

- eine stark antikommunistische Stimmung in der Öffentlichkeit und der Presse,
- den Boykott der Stücke von Bertolt Brecht,
- die Erinnerung an die Niederschlagung des Arbeiter- und Volksaufstands vom 17. Juni 1953,
- den negativen Eindruck vom Mauerbau in Berlin vom 13. August 1961 sowie
- die Erfahrungen von den ersten Mauertoten.

Bis zu 20.000 österreichische Doppelstaatsbürger lebten in der DDR, was ein Hauptbeweggrund Wiens für die Etablierung von zunächst nur inoffiziellen diplomatischen Kontakten war. Ost-Berlin stellte sich jedoch taub und verlangte offizielle Verhandlungen auf Regierungsebene. Die Verknüpfung der Visavergabe mit der Ausreise zeigte wenig Erfolge.

In den 1960er Jahren bemühte sich die DDR um intensivere Kontakte zu Österreich, um ihre internationale Anerkennung zu erreichen. Während die DDR in breiten österreichischen Bevölkerungskreisen wie auch medial weiterhin überwiegend negativ wahrgenommen wurde, stand das offizielle Österreich der bundesdeutschen Ostpolitik positiv gegenüber. In der Ausgestaltung der Beziehungen zur DDR wollte man jedoch nicht vorpreschen und wartete geduldig ab. Die Anerkennung der DDR erfolgte sodann von Österreich zwar sehr zeitig, aber erst am Tag der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags zwischen Bundesrepublik und der DDR am 21. Dezember 1972. Dieser trat im Juni 1973 in Kraft. Der von Österreich initiierte Vorgang erfolgte in Abstimmung mit anderen neutralen Staaten Europas.

Mit Anerkennung der DDR sollte Österreich in Folge eine „Eisbrecher-Funktion“ übernehmen. Bei sämtlichen bilateralen Verträgen ging es Ost-Berlin wiederholt um Betonung des österreichischen Vorbildcharakters für weitere Vertragsabschlüsse mit anderen westlichen Staaten und v.a. mit der Bundesrepublik. Das galt auch für den österreichisch-ostdeutschen Konsularvertrag, der zum Leidwesen Bonns die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft ermöglichte. Österreich verfolgte gleichzeitig eine Verbesserung der Lage der Österreicher in der DDR. So entstand eine enge Verknüpfung

des Konsularvertrags mit der Lösung anhängiger humanitärer Fälle. Tausende konnten auf diese Weise geklärt werden.

Die ostdeutsche Motivation bestand darin, neben der Betonung der Eigenstaatlichkeit und der Erlangung von internationalem Renommee für den sozialistischen deutschen Staat der Konzeption der „friedlichen Koexistenz“ Geltung zu verschaffen. Dabei sollte die neutrale Alpenrepublik eine Hilfe sein und die Integration der Bundesrepublik in den Westen abschwächen. Im November 1980 absolvierte DDR-Staatsratsvorsitzender und SED-Generalsekretär Erich Honecker seinen ersten offiziellen Staatsbesuch in einem westlichen nichtkommunistischen Ausland und zwar in der Republik Österreich. Er wurde von Bundeskanzler Bruno Kreisky (1970–1983) mit allen Ehren und Würden empfangen, der seinerseits schon 1978 Ostdeutschland besucht und dabei vom „Volk der DDR“ gesprochen hatte. Honeckers Gegenbesuch in Wien erfolgte im Kontext der sich verschärfenden internationalen Lage, wenn man folgende Aspekte berücksichtigt:

- die sowjetische SS 20-Mittelstreckenraketen-Stationierung in Mitteleuropa,
- den NATO-Doppelbeschluss 1979,
- die Afghanistan-Intervention der Sowjetunion 1979,
- die Krise in Polen
- den Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau 1980 sowie die
- Absage eines Besuchs in der DDR durch Bundeskanzler Helmut Schmidt.

In Bonn hatte man erwartet, dass Kreisky die westdeutschen Positionen vertreten würde. Dieser zeigte dafür jedoch nur wenig Verständnis. Die Jahre 1983/1984 ermöglichten schließlich sogar noch eine Blütezeit der österreichischen-ostdeutschen Beziehungen. Durch die Besuche von Bundespräsident Rudolf Kirchschläger (1974-1986) 1983 und von Bundeskanzler Fred Sinowatz (1983-1986) 1984 in der DDR verlagerten sich die Schwerpunkte der Interessenskonvergenzen zwischen Berlin-Ost und Wien mehr und mehr in Bereiche der Wirtschaft. Großaufträgen gingen jeweils österreichische Kreditgewährungen voraus. Für die DDR waren Kompensationsgeschäfte wichtig. Österreich leistete während der Kreditkrise des Ostens seit den Anfängen der 1980er Jahre einen bisher unterschätzten Beitrag zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der DDR. Zentrale Akteure der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und Österreich waren Gerhard Beil und Günter Mittag. Bei den Ölgeschäften war auch der Bereich der Kommerziellen Koordinierung (KoKo) und dessen Leiter Alexander Schalk-Golodkowski eingeschaltet. In dieser Zeit nahm die DDR 20 Prozent ihrer Devisenschulden in Österreich auf.

Die von Bayerns Ministerpräsident Franz-Josef Strauß eingefädelt Milliarden-Kredite sowie das Ausbleiben von Großaufträgen der DDR an Österreich führten zeitweise zu einem Einbruch des österreichischen Handelsvolumens im Jahr 1985. Kurzfristig gelang es jedoch der DDR, die wieder erlangte Liquidität auf dem Wege von Konsumgüterimporten aus Österreich abzuwickeln. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern wurden in den letzten Jahren vor dem Ende des SED-Regimes kontinuierlich und permanent ausgeweitet. Österreich war an der Fortführung der seit den 1980er Jahren jährlich getroffenen Wirtschaftsvereinbarungen mit Beil und Mittag interessiert, was auch noch über den 9. November 1989 der Fall war. Der österreichische Export in die DDR erreichte dabei Rekordhöhen.

Die beiden Begegnungen zwischen Bundeskanzler Franz Vranitzky (1986-1997) von der SPÖ und DDR-Ministerpräsident Hans Modrow (SED/PDS) am 24. November 1989 in Ost-Berlin sowie am 26. Januar 1990 in Wien entsprachen der abwartenden Haltung des österreichischen Bundeskanzleramts gegen eine allzu rasche Auflösung der DDR und der Distanz gegenüber einem eventuell neuen Großdeutschland wie aus Berichten der Stasi-Nachfolgebehörde Amt für nationale Sicherheit (AfnS) hervorgeht.

Der österreichische Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Alois Mock (1987-1995) von der ÖVP war hingegen voll und ganz auf der Linie Helmut Kohls, die Einheit Deutschlands möglichst zügig realisiert zu sehen. DDR-Außenminister Oskar Fischer (1975-1990) teilte Mock auch dann am 26. Januar 1990 mit, „dass es zur Vereinigung kommen werde“.

Gegen Ende seiner Ausführungen bilanziert der Referent:

Aus eigenem Antrieb war das neutrale Österreich zu einem Vorreiter der Entspannung mit den sozialistischen Staaten geworden und agierte auf diese Weise wie ein diplomatie-politischer Eisbrecher. Die DDR wurde nach Anerkennung Teil der österreichischen Ostpolitik, die eine immer stärkere wirtschaftliche Komponente erfuhr. Österreich besaß für die DDR einen besonderen Stellenwert, obwohl die Zielsetzungen unterschiedlich waren. Hochrangige politische Kontakte sorgten für vertiefte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West und trugen zur Entspannung in Europa in den 1980er Jahren mit bei. Die humanitären Erfolge durch stille Diplomatie gestalteten das Leben im geteilten Europa für die Menschen lebenswerter. Österreichs Ostpolitik orientierte sich dabei stets an der europäischen Nachkriegsordnung. Sie war wie die österreichische Neutralität ein Produkt des Kalten Krieges. Österreichs Politik fand dabei seine Rolle zwischen den Blöcken. Durch den Wunsch nach einem österreichischen EG-Beitritt wurde im Zeichen der revolutionären Umbrüche 1989 in der Mitte und im Osten Europas ein neues Geschichtskapitel für die Verortung Österreichs in Europa aufgeschlagen.

Auszüge aus der Diskussion

Frage:

Könnten Sie das Verhältnis zwischen der KPÖ und SED erläutern?

Antwort:

Der größte Konflikt ereignete sich in den 1960er Jahren. Man denke an die politische wie intellektuelle Führungsfigur der KPÖ, Ernst Fischer, mit der massive Auseinandersetzungen verbunden waren. Schlecht dokumentiert sind die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Parteien, gleichwohl es viele Gerichtsverfahren gab. Verwiesen wird auf einen Aufsatz im *Jahrbuch zur historischen Kommunismus-Forschung* 2014, S. 229-247. Auf Aktengrundlage steht fest, dass die Firma „Novum Handelsgesellschaft“ und ihr Außenhandelsbetrieb mit der DDR der KPÖ gehörte und Ausgangspunkt späterer Prozesse war. Mehr als 100 Millionen Euro sind seither verschwunden. Eingerechnet die Zinsen sind ca. 250 Millionen Euro strittig. Es wurde schließlich eine Summe gezahlt, um die Verfahren einzustellen. In den DDR-Akten ist immer von der Firma Novum die Rede. Bundesdeutsche Gerichte entschieden jedoch, die Politbüro-Akten nicht als glaubwürdig anzusehen. Im Politbüro war jedoch der Kenntnisstand über Wirtschaftsinformationen sehr schlecht. Nur ein kleiner Kreis der SED-Führung war eingeweiht. Jährlich bekam die KPÖ Provisionen in Höhe von 3-5 % auf Transaktionen gutgeschrieben. In der ersten Instanz hatte die KPÖ den Prozess 1996 gewonnen. Der Versuch, Beweismaterial zu manipulieren und zu verschleiern, war jedoch kontraproduktiv und die weiteren Urteile fielen nun umgekehrt negativ aus. Es ging um Treuhänder-Erklärungen. Bis zuletzt zahlte die Bank Austria Unicredit in Österreich für verschobene Summen. Rudolfine Steindling war seit 1977 alleinige Gesellschafterin der Novum. Um sie ranken sich viele Mythen. Gespräche mit ihr wurden jedoch nie aufgezeichnet. Feststeht: Beil, Mittag und Schalck-Golodkowski waren bei den großen Geschäften involviert. Auf der österreichischen Seite war es der Handelsminister. Der Name Steindling taucht jedoch in Unterlagen nicht auf. Bei den Vertragsabschlüssen zwischen Österreich und der DDR wurde jedenfalls die Novum Gesellschaft wiederholt zwischengeschaltet.

Frage:

Egon Krenz gab in seiner 50tägigen Amtszeit einen Bericht über die ökonomische Lage der DDR in Auftrag, den sogenannten Schürer Bericht, benannt nach dem Wirtschaftsfachmann Gerhard Schürer. Hans Modrow reiste im Februar 1990 mit einer DDR-Regierungsdelegation nach Bonn, um von der Bundesregierung einen 15 Milliarden-Kredit einzufordern. Gab es im Vorfeld ähnliche DDR-Geldforderungen an die österreichische Regierung?

Antwort:

Der österreichische Botschaftsbericht aus Bonn erwähnt die Modrow-Forderungen sowie die deutliche Absage der Bundesregierung. Vielmehr beschäftigen sich die Österreicher mit dieser Frage nicht. 15 Milliarden hätte Österreich auch nicht stemmen können. Aus den Akten geht hervor, dass sich die DDR wünschte, dass Österreich bestimmte Wirtschaftshilfen gewährt, also eine ähnliche Einbindung in das Verhältnis wie zwischen Österreich zu Polen und Ungarn. Es handelte sich um eine Wirtschaftshilfe in einem viel kleineren Format.

Frage:

Gab es Asylanfragen von ehemaligen Politbüromitgliedern der DDR in Österreich?

Antwort:

Darüber ist nichts in den österreichischen Akten vorhanden und deshalb eher ein Zeitzeugengesprächsthema. Die BStU-Akteneinsichten sind ähnlich unbefriedigend wie die Bestände der Akten des Ministerrats der DDR. Der Leiter des Auslandsnachrichtendienstes im MfS der DDR, Markus (Mischa) Wolf, kam zwar durch Österreich, blieb aber nicht lange.

Ergänzung Prof. Dr. Gehler: Bundeskanzler Vranitzky deutete DDR-Ministerpräsident Hans Modrow österreichische Hilfestellung für den Notfall an, sollte dieser Schwierigkeiten bekommen. Ferner existieren österreichische „Zeitungsenten“, dass für Erich Honecker eine Art Asyl bzw. Exil in Österreich angedacht war. Fakt ist, dass es dazu aus verschiedenen Gründen nie gekommen ist.

Frage:

Viele IMs und HMs sind beim BND nach 1990 untergekommen. In Österreich existiert der „Heeres Nachrichtendienst (HNnA)“. Wie viele ehemalige DDR-Mitarbeiter der Staatssicherheit sind eventuell hier aufgenommen worden?

Antwort:

Hierüber gibt es keine zugänglichen Akten. Geheimdienstakten sind in Österreich nicht vorhanden. Vielleicht existieren Hinweise im Innenministerium darüber. Hier sind aber Speerfristen von 30 Jahren zu beachten. So gibt es wenige bis keine Chancen, es sei denn, es taucht zufällig etwas auf. Dann steht es aber sowieso in der Zeitung.

Frage:

Welche Rolle spielte Willy Brandts Besuch in Erfurt?

Antwort:

1970 war der Brandt-Besuch in der DDR nicht offiziell, weil die DDR von Bonn als Staat nicht anerkannt war. Es gab dabei ein Wettrennen zwischen Finnland und Österreich in der Anerkennungsfrage der DDR. Im Westen wird immer zuerst wahrgenommen, dass es der österreichische Vertreter war. In Wahrheit war Finnland allerdings zuerst in Berlin-Ost präsent. Die finnische Neutralität war im Westen jedoch nicht so anerkannt wie die österreichische. Die Reise eines österreichischen Repräsentanten in den Osten wurde im Westen immer als Premiere angesehen.

Frage:

Was ist Ihnen bei Ihrer Forschung über den Besuch von Dr. Lothar de Maizière in Österreich bekannt?

Antwort:

Dieser Besuch ist in den Akten nicht protokolliert. Das liegt daran, weil er als ein Abgesang der Beziehungen zwischen der DDR und Österreich einzuordnen ist. Spannend ist dieser Aufenthalt aber gerade deshalb, weil in Bezug auf ein Treffen mit Helmut Kohl in Sankt Gilgen spekuliert wird. Dieses hat aber laut Akten nicht im Kontext mit dem Besuch bei Vranitzky, sondern erst später stattgefunden, wo es um DDR-Interna und nicht mehr um Austrospezifika ging. Eine schöne Episode besteht darin, als Vranitzky Lothar de Maizière fragte, ob er das erste Mal in Österreich sei, worauf de Maizière antwortete: „Herr Bundeskanzler, ich bin überall das erste Mal.“